

Die Kolhan-Region im Widerstand gegen neue Industrieprojekte

Von Johannes Laping

Die südöstlichen Distrikte des Bundesstaates Jharkhand - West Singhbhum, Ost Singhbhum und Saraikela-Kharsawan – sowie angrenzende Gebiete im Nachbarstaat Orissa sind auch unter dem Namen Kolhan bekannt. Dies ist die Heimat der Ho-Adivasis, die sich bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Enteignung und Ausbeutung durch die britische Kolonialmacht widersetzt hatten. Diese immer wieder umkämpfte Region ist sehr reich an wichtigen Ressourcen für die Industrie: Holz aus den ausgedehnten Wäldern, Hydroenergie aus den zahlreichen Flüssen in dem bergigen Land, in modernen Zeiten vor allem Bauxit, Eisenerz und Uran. Hier liegen die Industriestadt Jamshedpur mit dem Stahlwerk des indischen Großunternehmens Tata, Erz- und Kohle-Minen sowie auch die sich derzeit im weiteren Ausbau befindlichen Uran-Minen, aus denen der Stoff für die indische Atombombe kommt.

Vor allem aufgrund der reichen Erzvorkommen haben in jüngerer Zeit zahlreiche indische und auch internationale Unternehmen Planungen für mittlere und größere Industrieprojekte genau in dieser Region unternommen. Und sie werden darin von der Landesregierung des erst Ende 2000 – vorgeblich als Adivasi-Bundesstaat – geschaffenen Jharkhand noch ermuntert. Die Adivasi-Organisation „Bindrai Institute for Research Study and Action“ (BIRSA) dokumentiert seit einiger Zeit diese Entwicklungen und hat aus Pressemeldungen über entsprechende „Memorandums of Understanding“ eine Liste mit über 40 derartiger Projekte erstellt. Eine ähnliche Liste hat sogar die Landesregierung von Orissa veröffentlicht (beide Listen sind abgedruckt in dem Materialband „Adivasis of Rourkela“, vgl. Rezension in diesem Heft).



Dieter Hecker

Die Adivasis in der Region haben von diesen Entwicklungen keinen Vorteil. Sie verlieren – oft ohne jegliche Entschädigung – die für ihre subsistenzorientierte Wirtschaftsweise und ihr Überleben notwendigen Ressourcen Land, Wald und Wasser und sind den negativen Auswirkungen der Industrialisierung ausgeliefert: Umweltzerstörung, Marginalisierung, Verlust der Identität und der Kultur. Gerade in den Erzgebieten von Kolhan wurden in den letzten Jahrzehnten aufflammende Proteste der Adivasis immer wieder gewaltsam unterdrückt. Angesichts der zahlreichen neuen Industrieprojekte – die schöne Benennung „green field industries“ kann nur als bitterster Zynismus begriffen werden - steigen die Befürchtungen, aber es erwacht auch der alte Widerstandsgeist neu.

Unabhängig von politischen Parteien haben sich regionale Adivasi-Organisationen dazu geäußert und zum Teil neue Bündnisse mit lokalen Widerstandsgruppen geschlossen, wie die im Oktober 2005 gegründete „Macha Kumuti“. Der Name wurde entsprechend der Tradition der Ho-Adivasis gewählt und bedeutet einfach „Zusammenkommen unter dem Kumuti-Baum“. Am 10. November 2005 erklärte Macha Kumuti bei einer Kundgebung in Chaibasa, dass sie gegen die Ab-



Birsa Maidan, Rourkela

Johannes Laping

Protestschreiben von Macha Kumuti an den indischen Staatspräsidenten (Auszüge)

Veröffentlicht in 'Khan Khanij aur Adhikar', der Hindi-Zeitschrift des Jharkhand Mines Area Coordination Committee (JMACC), December 2005.

„Wir, die Adivasis/Mulvasis [d.h. die Ureinwohner] protestieren gegen den Landerwerb für große Industrieanlagen und Bergbauprojekte aus folgenden Gründen:

1.. Das angestammte Land der Adivasis ist eine Gabe der Natur – lange bevor Staat und Regierung entstanden sind. Aus diesem Grund kann das Land nicht enteignet werden. Nach dem Brauch und der Praxis der Adivasis ist das Land nicht individuelles, sondern gemeinschaftliches Eigentum. Deshalb ist ihr Land nicht erwerbbar.

2. Für die 41 großen und kleineren Projekte im Kolhan-Bezirk, die zwischen der Regierung und der Industrie beschlossen wurden, ist keine Zustimmung des Beratungsgremiums der Stämme (Tribal Advisory Council) eingeholt worden. Dieses Beratungsgremium der Stämme wurde nach der V. Zusatz der indischen Verfassung eingerichtet. Daher verstoßen alle diese geschlossenen Vereinbarungen gegen die indische Verfassung.

3. Nach dem Erlass für die registrierten Stammesgebiete in Bihar aus dem Jahr 1969, muss alles Land, das durch illegale Methoden von Nicht-Adivasis erworben wurde, an die Adivasis zurückgegeben werden. Die Politik dieser selben Regierung, die Adivasis von ihrem Land zu vertreiben, führt zur Zerstörung der Existenz und der Identität der Adivasis.

4. Wieso stehen diese großen Industrieprojekte außerhalb des Geltungsbereichs des berühmten „Samata“-Urteils [über den Vorrang der Stammesrechte] des Obersten Gerichtshofes aus dem Jahr 1997? Und wieso hat die Regierung ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, um das Land für diese Industrieprojekte zu erwerben?

5. Nach Artikel 50 Absatz 7 des Chota Nagpur Tenancy Act von 1908 [über die Landrechte der Adivasi] hat der zuständige Beauftragte nicht das Recht, irgendwelche Teile des Landes zu erwerben, die Gottheiten geweiht sind, an denen traditionelle Zeremonien durchgeführt oder die Toten bestattet werden. In allen Dörfern, wo jetzt das Landerwerbungsverfahren im Gange ist, existieren solche heiligen Orte, wie sie in dem Gesetzesartikel genannt sind.

6. Diesen gesetzlichen Vorschriften zufolge ist der Landerwerb ohne die schriftliche Zustimmung des Eigners verboten. Unter vollständiger Missachtung dieser Vorschriften hat der Staatssekretär des Industrie-Ministeriums dem Bezirksbeauftragten Weisung gegeben, den Unternehmern Land zur Verfügung zu stellen.

7. Nach Artikel 4, Absatz (i) des PESA Act von 1996 [über die Selbstverwaltung in den Adivasi-Gebieten; vgl. Adivasi-Rundbrief Nr. 23, März 2005] muss vor dem geplanten Landerwerb für Projekte verschiedener Art die Gram Sabha [= Dorfvollversammlung] konsultiert werden. Das Verstoßen gegen diese Regelung ist zum besonderen Kennzeichen dieser Regierung geworden.

8. In der von der Regierung verkündeten ‚Nationalen Politik für die Stämme‘ wird die Enteignung angestammten Landes bei den registrierten Stämmen als Verstoß gegen den V. Zusatz zur Verfassung bezeichnet.

9. Die früheren Zusicherungen der Regierungsstellen haben nach dem Abschluss der Vereinbarungen [mit der Industrie] überhaupt keinen Wert, wie aus dem Folgenden hervorgeht:

- Infolge von Entwicklungs- und Industrieprojekten, die seit der Erlangung der Unabhängigkeit [1947] auf unserem Land durchgeführt wurden, ist unser Bevölkerungsanteil von 70 Prozent auf 21 Prozent gesunken. Wenn jetzt noch die 41 angekündigten Industrieprojekte realisiert werden, werden wir vollständig ausgelöscht werden.

- Bei früheren Industrieprojekten haben Hunderttausende, die vertrieben wurden, keine Entschädigung erhalten. Laut einer Untersuchung des Indian Social Institute, New Delhi, sind 600.000 Menschen in keiner Weise und an keinem Ort rehabilitiert worden.

- Nach einem Bericht des Indian Bureau of Mines aus dem Jahr 1974, ist im Kolhan-Bezirk infolge von 40 kleineren und größeren Industrieanlagen und von 300 Bergbau-Projekten die Anzahl der Städte von 4 auf 24 gestiegen.“

Adivasis of Rourkela. Looking Back on 50 Years of Indo-German Economic Cooperation.

Documents - Interpretations - International Law. Edited and published by sarini and Adivasi-Koordination in Germany 2006 (sarini Occasional Papers, No. 4). Erhältlich gegen eine Spende von mindestens 5 Euro bei: Johannes Laping, Christophstr. 31, 69214 Eppelheim, Tel. 06221-766 557, Fax 766 559, sarini-jl@gmx.de. Kostenloser Download im Internet unter www.avidasi-koordination.de

Rourkela – eine Stadt 400 Kilometer westlich von Kalkutta. Ein durchaus bekannter Name in Deutschland, nachdem dort vor ziemlich genau 50 Jahren eines der größten deutschen Entwicklungsprojekte verwirklicht wurde. Wo sich vorher eine „unbekannte Wellblechstation an der einspurigen Eisenbahnlinie von der bengalischen Hafenstadt nach Bombay“ (Hans Walter Berg) befand, steht heute ein riesiges Stahlwerk und eine dieses umgebende Großstadt mit rund 400.000 Einwohnern. In diesem Teil des Bundesstaates Orissa lebten vor 50 Jahren fast ausschließlich Adivasis. Heute ist der Adivasi-Anteil im Sundargarh-Distrikt, zu dem Rourkela gehört, auf 50 Prozent geschrumpft. In den vergangenen fünf Jahrzehnten wurde dieses Großprojekt aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet – etwa die volkswirtschaftliche Perspektive, bei der die von Nehru propagierte Politik des forcierten Aufbaus einer Industrie im eigenen Lande im Mittelpunkt stand oder die in Schulbüchern beliebte städtebauliche Betrachtung der Entstehung urbaner Siedlungsstrukturen in einem ländlichen Gebiet. Daß in dem Gebiet Ureinwohner lebten, wurde zwar im Sinne von „exotisch“ und „primitiv“ registriert. Ihr Schicksal in Form von Vertreibung und Entwurzelung wurde jedoch wohl als „Preis des Fortschritts“ stillschweigend hingenommen.

Als Begleitmaterial für eine angestrebte kritische Aufarbeitung des Projekts Rourkela (vgl. Adivasi-Rundbrief Nr. 25, August 2005) ist nun eine Textsammlung erschienen, welche Informationen mit Fokus auf die ursprünglichen Bewohner des Stahlstandortes bietet. Die Texte und Dokumente sind in vier große Teile aufgegliedert: Der erste Teil besteht überwiegend aus offiziellen Verlautbarungen, in welchen die Enteignung des Landes dokumentiert und gerechtfertigt wird. In diesem Teil sind auch die Protestschreiben der vertriebenen Dorfbewohner enthalten, darunter der wohl erste Appell vom 3. Februar 1959 an den Präsidenten der Republik Indien. Noch heute, fast zwei Generationen später, kämpfen Adivasis von Rourkela und Umgebung um eine angemessene Entschädigung.

Nach dem dokumentarischen Teil I finden sich im Teil II Analysen und Interpretationen, unter anderem ein Auszug aus der Studie von 1963 „Rourkela – Sozio-ökonomische Probleme eines Entwicklungsprojekts“ des deutschen Soziologen Jan Bodo Sperling. Aus dem Umfeld der aktuellen Widerstandsbewegung werden zwei längere Beiträge wiedergeben. Im Kontrast dazu steht eine glorifizierende Rede, die der Direktor des Stahlwerkes im Jahr 2005 vor der deutsch-indischen Handelskammer in Mumbai gehalten hat. Dass Rourkela kein einmaliger Betriebsunfall war und daß man in den vergangenen fünf Jahrzehnten kaum dazugelernt hat, zeigt der dritte Abschnitt der Sammlung: Hier werden aktuelle Entwicklungen nachgezeichnet, in denen Adivasis Opfer von „Entwicklung“ wurden, etwa das Massaker an Adivasis in Kalinga Nagar/Orissa im Januar 2006 (vgl. Adivasi-Rundbrief Nr. 26, Mai 2006). Hierbei ging es um ein zukünftiges Firmengelände des Stahlunternehmens TATA. Im vierten Teil der Materialsammlung werden schließlich wichtige Texte aus dem internationalen Recht dokumentiert, welche zur Wahrung der Rechte indigener Völker beitragen sollen. Dazu gehört unter anderem die erst Ende Juni 2006 vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedete „Erklärung über die Rechte Indigener Völker“.

Hans Escher

sichten der Regierung sei, es denjenigen Industrieunternehmen und multinationalen Firmen noch leichter zu machen, welche die reichen Bodenschätze der Region ausbeuten und dort ihre Anlagen errichten wollen. Niemand, der ein Abkommen mit der Regierung von Jharkhand schließt, werde auch nur ei-

nen Zoll breit Land erhalten, um Industrieanlagen zu errichten. „Wir geben ihnen Land einzig für ihren Friedhof.“ Die Versammlung rief dazu auf, den Zugang zu den Orten zu blockieren, an denen die feierliche Grundsteinlegung durch die Landesregierung am Vorabend des Jharkhand-Tages (14. November)

geplant war. Macha Kumuti verabschiedete zudem einen Protestbrief an den indischen Staatspräsidenten, in dem die Rechte der Adivasis hervorgehoben und die Vorgehensweise der Regierung kritisiert wird.

Die Entwicklung kommt aus den Gewehrläufen (VHS, CD, DVD, ca. 55 Min.)

Eine Film-Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Entwicklungsprojekte in Indien. Produktionsjahr: 2003

Originaltitel der Hindi-version: „Vikas banduk ki nala se“

Englische Fassung: „Development flows from the barrel of the gun“

Kamera, Regie, Produktion: Biju Toppo / Meghnath (AKHRA), Ranchi, Indien. Die deutsche Bearbeitung (2006) wurde vom Ev. Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Der Film dokumentiert staatliche Gewalt gegenüber Menschen, die Opfer von Entwicklungsprojekten werden. Und er stellt damit den Begriff der Entwicklung, wie sie von staatlicher Seite im Namen des Fortschritts betrieben wird, in Frage: denn wenn die betroffenen Menschen diese Frage aufwerfen, werden sie Ziel staatlicher Repression.

Deutsche Bearbeitung und Vertrieb:

sarini, c/o Johannes Laping, Christophstr. 31, 69214 Eppelheim

Tel. 06221-766557, Fax 06221-766559, sarini-ji@gmx.de
www.Adivasi-Koordination.de

Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.

c/o Dr. Theodor Rathgeber, Jugendheimstr. 10, 34132 Kassel
Tel.: 0561-47597800, Fax 0561-47597801,
adivasi.koordination@gmx.de

Zur Unterstützung der Adivasi-Bewegung in Indien wird ein Spendenbeitrag von EURO 10,00 erbeten:

Konto-Nr. 400 3764 | BLZ 500 605 00 | Ev.Kreditgenossensch.eG Frankfurt (EKK) | Kontoinhaber: Adivasi-Koordination i.D.e.V.

Ladakh - ein neuer südasiatischer Krisenherd?

Wachsende Spannungen zwischen Buddhisten und Muslimen

Christoph Sprung

Gerüchte um die Entweihung eines Korans lösten Anfang Februar 2006 eine mehrtägige Gewaltwelle zwischen zumeist jugendlichen muslimischen und buddhistischen Agitatoren in Ladakh aus. Um die Ausschreitungen zwischen Angehörigen der beiden Religionsgemeinschaften zu beenden, musste die Armee einschreiten. Nach Einschätzung von Experten und Beobachtern sind die Exzesse Anlass zu ernsthafter Sorge vor einer drastischen Verschärfung der Situation in der Himalaya-Region.

Angesichts des blutigen Konflikts im Tal von Kashmir, der die Region spätestens seit seiner Radikalisierung Ende der 1980er Jahre beschäftigt und sie berüchtigt machte für die Gewaltspirale, mit der sich so genannte Religionskonflikte verschärfen können, sind die neuerlichen Spannungen wohl kaum erwähnenswert. Allerdings sind sie im Hochgebirgsland von Ladakh

ausgebrochen, das bisher als relativ friedlich galt. Die äußerst karge und unwirklich wirkende Himalaya-Subregion ist nicht nur in geographischer Hinsicht ein besonderer Flecken Erde. Der Unionsstaat Jammu & Kashmir (J&K) wird von der politischen Zentrale Indiens immer wieder als Symbol des Säkularismus betrachtet. Ladakh gilt aufgrund einer Geschichte zwischenkonfessioneller Harmonie wohl

als das Herzstück von J&K – im Kontrast beispielsweise zu den namensgebenden Distrikten Jammu und Kashmir.

Kein Wunder: Seit vor mehr als vierhundert Jahren der buddhistische Raja eine schiitische Adlige aus der Nachbarregion Baltistan ehelichte breitete sich der Islam unter der einheimischen Bevölkerung